

Vereinsstatuten

„MakerSpaceA - Verein für kollaboratives Arbeiten und Lernen im technischen Umfeld“

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verein führt den Namen „MakerSpaceA - Verein für kollaboratives Arbeiten und Lernen im Technischen Umfeld “
- (2) Er hat seinen Sitz in der Eggersdorferstraße 23, 3300 Amstetten und erstreckt seine Tätigkeit auf das gesamte Bundesgebiet der Republik Österreich sowie auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.
- (3) Die Errichtung von Zweigvereinen im In- und Ausland ist möglich, jedoch nicht direkt beabsichtigt.

§ 2: Zweck

- (1) Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist und dem Gemeinnutzen dient, bezweckt die Förderung der Kreativität, der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Nutzung von Arbeitsmitteln ohne Gewinnabsicht, des freundschaftlichen Wissenstransfers, des Umweltschutzes, der Aus- und Fortbildung, von Forschung und Innovation und der Lebenshilfe.
- (2) Werden im Verein relevante Erfahrungen und Erkenntnisse gewonnen, werden diese der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.
- (3) Die Vernetzung mit Communities anderer Standorte mit ähnlichen - wenn auch lokal spezifischen - Zielen ist ausdrücklich erwünscht.
- (4) Der Verein fördert durch seine Arbeiten die Wahrnehmung für die entstehende vernetzte und mobile Technische-Welt in der Region – Kollaboration und Zusammenhalt statt Ausgrenzung stehen daher im Mittelpunkt.
- (5) Der Verein verfolgt seine Ziele auch durch die Gründung und den Betrieb von gemeinnützigen Tochtergesellschaften, deren alleiniger Eigentümer der Verein ist. Diese Tochtergesellschaften dienen der Umsetzung der Vereinszwecke und unterstützen den Verein in seinen gemeinnützigen Zielen.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten Tätigkeiten und finanziellen Mittel erreicht werden.
- (2) Für die Verwirklichung des Vereinszwecks vorgesehenen Tätigkeiten sind
 - a) Förderung, Beratung und Umsetzung im D.I.Y.-(do it yourself), kreativen handwerklichen Disziplinen, Reparatur- und Upcycling-Bereich sowie 3-D-Druck, Prototyping, Elektronik, Software, Digitalisierung und Mechanik.
 - b) Die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Workshops, Versammlungen, Diskussionsabenden, Vorträgen etc. die dem Vereinszweck dienen
 - c) Schaffung eines gemeinsamen Ortes für Kollaboration und gemeinschaftliches Arbeiten, Präsentieren und Diskutieren von aktuellen Projekten und Vorhaben unter Nutzung der vereinseigenen Ausstattung teilweise unter Einhebung einer Nutzungsgebühr zur Deckung der laufenden Kosten

- d) Förderung der überregionalen Zusammenarbeit im Sinn der Vereinsziele
 - e) Gezielte Suche nach weiteren Mitgliedern, welche den Verein bei der Erreichung seiner Ziele unterstützen
 - f) Finden und Erproben geeigneter Maßnahmen zur Realisierung und Organisation vereinseigener Arbeits-, Ausbildungs- und Präsentationsräume mit gemeinsam genutztem Maschinenpark unter Nutzung der sich bietenden digitalen und analogen Möglichkeiten im Einflussbereich der Mitglieder
 - g) Einrichtung einer Webseite und/oder sonstiger elektronischer Medien
 - h) Durchführung von Aktivitäten und Projekten durch Tochtergesellschaften, die im Sinne der Vereinsziele agieren.
- (3) Die erforderlichen finanziellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:
- a) Beitrittsgebühren und Mitgliedsbeiträge sowie Nutzungsgebühren der Vereinsinfrastruktur
 - b) Kooperation, Subventionen und Förderungen öffentlicher und privater Körperschaften
 - c) Spenden, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
 - d) Verkauf von Verbrauchsmaterial, Bausätzen, Merchandising
 - e) Erträge aus Vereinsveranstaltungen (Veranstaltungen, Schulungen und Workshops etc.)
 - f) Sponsorgelder
 - g) Werbeeinnahmen
 - h) Das Engagement der Mitglieder
 - i) Verkauf von Speisen und Getränken
 - j) Vermietung und Verkauf vereinseigener Entwicklungen und Leistungen

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche und außerordentliche Mitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen und den vollen jährlichen Mitgliedsbeitrag entrichten.
- (3) Außerordentliche Mitglieder sind solche, die die Vereinstätigkeit vor allem durch Zahlung eines für sie festgesetzten Mitgliedsbeitrags fördern. Sie kann von einzelnen natürlichen Personen sowie bei Zustimmung des Vorstandes auch von Unternehmen eingegangen werden, wobei unterschiedliche vom Vorstand festzulegende Mitgliedsbeiträge anfallen.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des Vereins können natürliche Personen, Personengesellschaften mit Rechtsfähigkeit und juristische Personen sein.
- (2) Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand aufgrund einer schriftlichen Beitrittserklärung des Mitgliedwerbers. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
- (3) Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründerinnen/Vereinsgründer, im Fall eines bereits

bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit der Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder bis dahin durch die Gründerinnen/Gründer des Vereins.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtspersönlichkeit, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss.
- (2) Der Austritt kann nur zum 31.12. (ab 2020) jeden Jahres erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens 2 Monate vorher schriftlich mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam, sofern der Vorstand keine vorzeitige Beendigung aus wichtigem Grund anerkennt. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe maßgeblich.
- (3) Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn dieses trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung unter Setzung einer angemessenen Nachfrist länger als zwei Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt. Die Mahnung kann per Post oder E-Mail erfolgen, wobei der Verein nicht für die ordnungsgemäße Zustellung haftbar ist. Ab Mahnungsdatum wird der Zutritt zu den Vereinsressourcen begrenzt oder gesperrt. Eventuell gelagerte Gegenstände bleiben in Vereinsverwahrung bis die gesamten ausständigen Beträge beglichen sind.
- (4) Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden. Speziell ist hier die unehrenhafte/unsachgemäße Nutzung oder Verschmutzung der Vereinsausstattung als Ausschlussgrund anzuführen.
- (6) Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu nutzen, wobei für diverse Einrichtungen Gebühren anfallen können. Die Teilnahme an den Aktivitäten des Vereins und die Nutzung der Maschinen, Werkzeuge und sonstigen Geräte des Vereins erfolgen freiwillig.
- (2) Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen nur den ordentlichen Mitgliedern zu.
 - a) Anführung des Namens und des Logos auf der Homepage www.makerspace-amstetten.at mit Link zur eigenen Homepage.
 - b) Möglichkeit zur Führung des vom Vereinslogos auf der Homepage des Mitglieds samt Verlinkung dieses Logos zur Homepage [www.makerspace-amstetten.at]
 - c) Nutzung der Räume und Einrichtungen des Vereins als Ort der kollegialen Zusammenarbeit und des freundschaftlichen Wissenstransfers
 - d) Teilnahme an Arbeitsgruppen
- (3) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Statuten zu verlangen.
- (4) Mindestens ein Zehntel der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.

- (5) Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
- (6) Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- (7) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnten. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8 Haftungsausschluss und Nutzungsbedingungen

- (1) Die Nutzung der Vereinsräumlichkeiten, Einrichtungen und Maschinen erfolgt ausschließlich auf eigene Gefahr. Die Vereinsmitglieder tragen die Verantwortung für ihre eigene sowie fremde Sicherheit und ihr eigenes sowie fremdes Wohlbefinden. Sie befolgen alle Anweisungen und Sicherheitsrichtlinien des Vereins.
- (2) Eine Haftung des Vereins sowie der Mitglieder des Vorstands und sonstiger Organe für Sach- oder Vermögensschäden ist – soweit gesetzlich zulässig – ausgeschlossen, sofern diese Schäden nicht auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten beruhen.
- (3) Eine Haftung des Vereins sowie der Mitglieder des Vorstands und sonstiger Organe für Personenschäden (Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit) ist – soweit gesetzlich zulässig – ausgeschlossen, sofern diese Schäden nicht auf vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten beruhen.
- (4) Maschinen dürfen nur in Betrieb genommen und Werkzeuge nur genutzt werden, wenn das Mitglied mit deren Nutzung ausreichend vertraut ist. Vor der Nutzung haben sich die Mitglieder mit den geltenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften vertraut zu machen und sich zu vergewissern, dass die Maschine funktionsfähig und frei von Defekten ist. Bekannte Defekte oder Sicherheitsrisiken sind unverzüglich dem Vereinsvorstand oder einer zuständigen Person zu melden. Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften sind jederzeit einzuhalten.
- (5) Schäden, die durch unsachgemäße oder unbefugte Verwendung verursacht werden, gehen – soweit gesetzlich zulässig – zu Lasten der Verursacherin bzw. des Verursachers.
- (6) Der Verein empfiehlt allen Mitgliedern und sonstigen Nutzenden, sich über geeigneten Versicherungsschutz (z. B. Haftpflicht- und Unfallversicherung) eigenverantwortlich zu informieren und diesen gegebenenfalls abzuschließen.
- (7) Ein wesentlicher Teil der Finanzierung des Vereins erfolgt über Sponsorengelder, die an eine Berichterstattung über geförderte Aktivitäten gebunden sind. Im Rahmen des Vereinsbetriebs und bei Veranstaltungen können Foto-, Audio- und Videoaufnahmen angefertigt werden, auf denen TeilnehmerInnen erkennbar sind. Die Anfertigung und Veröffentlichung dieser Aufnahmen sichert die Finanzierung und unterstützt den Vereinszweck. Es ist darauf zu achten, dass keine unangemessene Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte der TeilnehmerInnen verursacht werden.

§ 9: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 10: Generalversammlung

- (1) Die Generalversammlung ist die "Mitgliederversammlung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich statt.
- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
 - a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - b) schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - c) Verlangen der Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),
 - d) Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
 - e) Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten) binnen vier Wochen statt.
- (3) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen, Ergänzungen der Tagesordnung sind zu Beginn der Generalversammlung mittels Mehrheitsbeschluss möglich. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a - c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).
- (4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, per E-Mail einzureichen.
- (5) Gültige Beschlüsse - ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung - können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen werden durch eine(n) Bevollmächtigte(n) vertreten. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig. Es dürfen maximal zwei Stimmen auf ein stimmberechtigtes Mitglied übertragen werden, somit sind in Summe maximal drei Stimmen je anwesendem Mitglied zulässig.
- (7) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führen die Obfrau/der Obmann sowie dessen Stellvertreter gemeinschaftlich als auch bei Verhinderung alleinig.

§ 11: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- (1) Beschlussfassung über den Voranschlag;
- (2) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer
- (3) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüferinnen/ Rechnungsprüfer;
- (4) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer und Verein;
- (5) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- (6) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 12: Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus sechs Mitgliedern, und zwar aus Obfrau/Obmann und Stellvertreterin/Stellvertreter, Schriftführerin/Schriftführer und Stellvertreterin/Stellvertreter sowie Kassierin/Kassier und Stellvertreterin/Stellvertreter.
- (2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jede Rechnungsprüferin/jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
- (3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
- (4) Der Vorstand wird von der Obfrau/vom Obmann, sowie von seiner Stellvertreterin/seinem Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der Vorsitzenden/des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) Den Vorsitz führt die Obfrau/der Obmann in Zusammenarbeit mit seinem Stellvertreter oder bei Verhinderung jeweils alleinig. Sollten beide verhindert sei, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
- (8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
- (9) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.

- (10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

§ 13: Aufgaben des Vorstands

- (1) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das "Leitungsorgan" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
- (2) Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
- (3) Festsetzung der Höhe der Beitrittsgebühr und der Mitgliedsbeiträge für ordentliche und für außerordentliche Mitglieder sowie möglicher Nutzungsgebühren
- (4) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
- (5) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a - c dieser Statuten;
- (6) Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
- (7) Verwaltung des Vereinsvermögens;
- (8) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
- (9) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 14: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Die Obfrau/der Obmann führt gleichberechtigt mit seinem Stellvertreter die laufenden Geschäfte des Vereins. Die Schriftführerin/ der Schriftführer unterstützt die Obfrauen/der Obmänner bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
- (2) Die Obfrau/der Obmann sowie dessen Vertreter vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften der Obfrau/des Obmanns und einem zweiten Vorstandsmitglied oder deren Stellvertreter. Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und Verein bedürfen der Zustimmung eines anderen Vorstandsmitglieds.
- (3) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
- (4) Bei Gefahr im Verzug ist die Obfrau/der Obmann sowie dessen Vertretung berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- (5) Die Obfrau/der Obmann gemeinsam mit dessen Vertretung führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
- (6) Die Schriftführerin/der Schriftführer führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
- (7) Die Kassierin/der Kassier ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

- (8) Im Fall der Verhinderung treten an die Stelle der Obfrau/des Obmanns, der Schriftführerin/des Schriftführers oder der Kassierin/des Kassiers ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter.

§ 15: Rechnungsprüferin/Rechnungsprüfer

- (1) Zwei Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüferinnen/ Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung - angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Den Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüferinnen/den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüferinnen/die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- (3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die die Rechnungsprüferinnen/Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 8 bis 10 sinngemäß.

§ 16: Schiedsgericht

- (1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine "Schlichtungseinrichtung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichterin/ Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichterin/Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ - mit Ausnahme der Generalversammlung - angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
- (3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 17: Freiwillige Auflösung des Vereins

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Die Generalversammlung hat - sofern Vereinsvermögen vorhanden ist - über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie eine Abwicklerin oder einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem diese/dieser das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat.

- (3) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.

§ 18: Verwendung des Vereinsvermögens bei Ausscheiden von Mitgliedern, bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des begünstigten Zwecks

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszwecks ist das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen, für gemeinnützige oder mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff Bundesabgabenordnung (BAO) zu verwenden. Soweit möglich und erlaubt, soll es dabei Institutionen zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgen.

§ 19 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Beteiligungsrecht

Der Verein ist berechtigt, sich an Gesellschaften in geeigneter Rechtsform (z. B. GmbH, GbR, KG) zu beteiligen, sofern die Beteiligung dem Vereinszweck dient und mit den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der Gemeinnützigkeit (§ 34ff BAO), vereinbar ist.

(2) Beschlussfassung

a) Die Entscheidung über eine Beteiligung des Vereins an einer Gesellschaft trifft der ordentliche Vorstand einstimmig.

b) Der Vorstand ist ermächtigt, die Beteiligung zu verwalten und die Rechte des Vereins als Gesellschafter wahrzunehmen, soweit dies im Rahmen der Beschlüsse des Vorstandes geschieht.

(3) Vertretung in der Gesellschaft: Durch den Vorstand wie im §14 dieser Statuten.

(4) Haftungsbegrenzung

Die Beteiligung des Vereins an Gesellschaften darf nur in einer Weise erfolgen, die keine unbegrenzte persönliche Haftung des Vereins zur Folge hat. Eine Beteiligung an Personengesellschaften, bei denen der Verein mit seinem gesamten Vermögen haftet, ist ausgeschlossen.

(5) Gewinnausschüttung und Verwendung

a) Gewinne aus der Beteiligung dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke des Vereins verwendet werden.

b) Eine Ausschüttung von Gewinnen an Mitglieder ist ausgeschlossen.

(6) Austritt oder Veräußerung der Beteiligung

a) Der Verein kann seine Beteiligung an einer Gesellschaft jederzeit veräußern oder aufgeben, wenn dies im Interesse des Vereins liegt.

b) Über die Veräußerung oder den Austritt entscheidet der Vorstand im engeren Sinne einstimmig.